

<b>Antragsteller*in:</b> Grüne und Linke Fraktion	<b>Nr.:</b> 2025/0116 <b>Status:</b> öffentlich <b>Antrag vom:</b> 04.02.2025				
<b>Antrag: Bezahlkarte für Geflüchtete nicht einführen (Opt-Out-Regelung)</b>					
<b>Beratungsfolge:</b> <table border="0"> <tr> <td><i>Datum</i></td> <td><i>Gremium</i></td> </tr> <tr> <td>18.02.2025</td> <td>Rat der Stadt</td> </tr> </table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	18.02.2025	Rat der Stadt
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>				
18.02.2025	Rat der Stadt				

### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Herne stellt fest, dass es für die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz keine Notwendigkeit gibt und beschließt, in Herne keine Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen und die „Opt Out“-Regelung des Landes zu nutzen.

### Sachverhalt:

Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) senden nur sieben Prozent der Geflüchteten Geld aus Deutschland ins Ausland. Die Studie zeigt zudem, dass diese Tendenz weiter abnimmt. Die Annahme, dass Geflüchtete, die auf Grundsicherung angewiesen sind, in großem Umfang Geld ins Ausland schicken, ist daher empirisch nicht belegbar.

(Die Studie ist hier abrufbar: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.928629.de/24-49-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.928629.de/24-49-1.pdf)).

Die bundesweite Debatte über Geldüberweisungen von Geflüchteten in ihre Heimat, die im vergangenen Jahr dazu führte, dass der Bundestag über eine gesetzliche Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes eine Bezahlkarte als mögliche Form der Leistungserbringung einführte, spiegelt damit nicht die Realität wider.

Darüber hinaus kritisieren Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kirchen die Bezahlkarte als diskriminierend und integrationshemmend. Sie argumentieren, dass die Karte geflüchtete Menschen stigmatisiere, sie in ihrer Lebensführung bevormunde, ihre gesellschaftliche Teilhabe erschwere und letztlich auch die Arbeit der in der Integrationsarbeit Tätigen behindere. Des Weiteren würde eine bürokratische Extra-Maßnahme geschaffen, die Geld kostet und zusätzliche Personalressourcen der Verwaltung bindet.

Aus Sicht der antragstellenden Fraktionen sollte aus dieser Vielzahl von Gründen keine Bezahlkarte in Herne eingeführt werden.

### Anlage:

Original des Antrags

---

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Dudda  
Rathaus Herne

Herne, 04.02.2025

## **BEZAHLKARTE FÜR GEFLÜCHTETE NICHT EINFÜHREN (OPT-OUT-REGELUNG)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Dudda,

die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Herne und die Fraktion DIE LINKE in Herne / Wanne-Eickel bitten Sie den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 18.02.2025 zu setzen.

### **BESCHLUSSVORSCHLAG:**

Der Rat der Stadt Herne stellt fest, dass es für die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz keine Notwendigkeit gibt und beschließt, in Herne keine Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen und die „Opt Out“-Regelung des Landes zu nutzen.

### **SACHVERHALT:**

Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) senden nur sieben Prozent der Geflüchteten Geld aus Deutschland ins Ausland. Die Studie zeigt zudem, dass diese Tendenz weiter abnimmt. Die Annahme, dass Geflüchtete, die auf Grundsicherung angewiesen sind, in großem Umfang Geld ins Ausland schicken, ist daher empirisch nicht belegbar. (Die Studie ist hier abrufbar: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.928\\_629.de/24-49-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.928_629.de/24-49-1.pdf)).

Die bundesweite Debatte über Geldüberweisungen von Geflüchteten in ihre Heimat, die im vergangenen Jahr dazu führte, dass der Bundestag über eine gesetzliche Änderung des Asylbewerber-

leistungsgesetzes eine Bezahlkarte als mögliche Form der Leistungserbringung einführt, spiegelt damit nicht die Realität wider.

Darüber hinaus kritisieren Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Kirchen die Bezahlkarte als diskriminierend und integrationshemmend. Sie argumentieren, dass die Karte geflüchtete Menschen stigmatisiere, sie in ihrer Lebensführung bevormunde, ihre gesellschaftliche Teilhabe erschwere und letztlich auch die Arbeit der in der Integrationsarbeit Tätigen behindere.

Des Weiteren würde eine bürokratische Extra-Maßnahme geschaffen, die Geld kostet und zusätzliche Personalressourcen der Verwaltung bindet.

Aus Sicht der antragstellenden Fraktionen sollte aus dieser Vielzahl von Gründen keine Bezahlkarte in Herne eingeführt werden.

Für die GRÜNE FRAKTION



Thomas Reinke  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion DIE.LINKE



Veronika Buszewski  
Fraktionsvorsitzende